

Nachhaltigkeit – Fortschritt mit Ökologie und Ökonomie

bf) Viel wird heutzutage geschrieben und geredet über sogenannte Nachhaltigkeit. Nicht selten, und je nach Gesinnung, wird der Begriff im Interesse der eigenen Sache ausgelegt. Meist aber bleibt das Wort etwas Fremdes, unter dem man sich nichts Konkretes vorstellen kann. Eine klare und treffende Definition für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft findet man im Bericht einer UNO-Kommission aus den 80er Jahren unter der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland:

«Eine wirtschaftliche Entwicklung gilt dann als nachhaltig, wenn die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, aber nicht riskiert wird, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.»

Diese eigentlich logische Zielsetzung wird immer eine grosse Herausforderung bleiben; schwierig genug ist's, Ökonomie und Ökologie einigermassen im Gleichgewicht zu halten. Aber diese Begriffe werden heutzutage immer wichtiger, lebenswichtiger. Das unterschreibt auch die AVES, deren Mitglieder – und das sind einige tausend im ganzen Lande – für echten Fortschritt mit Nachhaltigkeit eintreten. Sie sind kritisch, aber auch bereit, Verantwortung wahrzunehmen. Sie unterstützen realistische Forschung alternativer Energien, stehen aber auch mit ganzer Überzeugung hinter der Kernkraft als sicherer, CO₂-freier Energie, die ja weit über einen Drittel unseres stets steigenden Strombedarfs decken muss.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aufschub des EMG-Beschlusses: Taktieren zugunsten der Subventionsjäger?

Kürzlich hat die Energiekommission des Nationalrates beschlossen, das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) zurückzustellen, «bis das Parlament über die umstrittene Energieförderabgabe entschieden hat». Ein Beschluss, der in vielerlei Hinsicht problematisch und unehrlich ist, ja kontraproduktiv werden kann. Denn, das Fuder der extremen, unerreichbaren Forderungen ist längst überladen – und jetzt spannt man gleich noch ein Gespann namens Taktik davor!

Denn erstens: Das Delegieren dieses Beschlusses an ein (nächstens stark erneuertes) Parlament bringt nachteilige Verzögerungen, um nicht zu sagen Risiken. Natürlich, die AVES hatte sich immer für eine langsamere Gangart in Sachen Marktöffnung ausgesprochen, um dadurch Härtefälle bei nicht-amortisierbaren Investitionen (NAI) zu mildern. Doch die geforderten 8 bis 10 Jahre werden es nun ohnehin werden; wer weiss, sogar einige mehr. Wäre diese Verzögerungstaktik nicht politisches Kalkül einer nun längst bekannten Allianz der Gebirgskantone, zusammen mit Linken und einigen Bürgerlichen, man müsste sie als Drückebergerei oder gar Führungsschwäche bezeichnen.

Denn zweitens: Der Grund für das Hinausschieben des EMG-Beschlusses: Zuerst soll über

eine sogenannte Energieförderabgabe beschlossen werden. Diese neuerliche Steuer wird besonders von oben erwähnten Kreisen als «Eintrittspreis für die Marktöffnung» bezeichnet. Welch eine Inkonsequenz! Erst verlangt man nach einer schnellen Öffnung der internationalen Stromschleusen, um endlich billigeren Strom irgendwoher zu bekommen, und dann versucht man gleich, diesen unter einer Vielzahl verschiedenster Titel zu besteuern. Eine positive Deregulierung, die die Marktöffnung schliesslich sein soll, darf nicht wieder mit konsumenten- und wirtschaftsfeindlichen Belastungen «wettgemacht» werden. So gesehen liegen diese steuerlich bedingten Preiserhöhungen ganz und gar quer in der Landschaft.

Und drittens: Auch wenn die AVES gegen Abgaben wettet, ist sie nicht grundsätzlich gegen eine Lenkungsabgabe, eine, die diesen Namen aber verdient. Vor allem darf sie nicht einfach Geldbeschaffung zum Ziele haben, vielmehr die Minderung des Schadstoffausstosses. Und dann muss eine solche Abgabe aufkommensneutral sein; das heisst die Erträge müssen an Bevölkerung und Wirtschaft zurückfliessen, dürfen nicht als Subventionen und zum Auffüllen des Staatssäckels missbraucht werden.

Darum viertens: Die AVES respektiert im äussersten Fall ein Konzept des Ständerates als möglichen Kompromiss. Der ständerätliche Vorschlag sieht bekanntlich eine Grundnorm auf Verfassungsstufe vor. Diese Grundnorm würde energieintensive Betriebe überhaupt nicht belasten und zusätzlich jedes Unternehmen in der Höhe eines halben AHV-Prozentes entlasten. Das andere halbe Prozent würde an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückerstattet. Und was wichtig ist, diese Verteuerung nicht erneuerbarer Energien von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde ist auf 15 Jahre beschränkt.

Aber fünftens: Die AVES ist gegen jede Art von Energiesteuern, die nur das eine Ziel haben: die Energie verteuern und zugleich eine inzwischen unendliche Reihe von Honigtöpfen einiger Subventionsjäger zu füllen. – Doch, da ist ja auch noch des Volkes Stimme, die sich in Sachen Energiesteuer erheben wird. Wir verlassen uns also nicht einfach aufs Parlament. Auch nicht aufs neue, von dem wir hoffen, dass es mindestens so viel Volksnähe und Führungsstärke beweist wie das jetzige, das leider einen sehr grossen Aderlass erfahren wird. Wir bleiben dran – trotzdem und um so mehr!

Bruno Fäh

(Fortsetzung von Seite 1)

Ökologie ohne Ökonomie ist darum genauso unsinnig wie umgekehrt. Aber auch die so gerne verlangte Solidarität bringt uns nur wirklich weiter, wenn sie mit solider Eigenverantwortung verknüpft ist. Ein machbarer Ausgleich zwischen Mensch und Wirtschaft, zwischen Technik und Natur gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Dass die Ideen, die Wege dahin unglaublich vielfältig sind, wollen wir gerade in unserem freien, föderalistischen Lande gerne akzeptieren. Doch eines steht für uns alle fest: die Tatsache, dass unsere Bevölkerung wächst und mit ihr der Energieverbrauch (1998 um 2,1 Prozent, das ist das Mehrfache, als zum Beispiel die Solarenergie hierzulande zu produzieren vermag). Trotz steigendem Verbrauch sind wir auf gutem Wege, die Umwelteinflüsse, vor allem den CO₂-Ausstoss zu mindern. Auf die Reduktion fossiler Brennstoffe muss dabei besonderes Augenmerk gelegt werden. Aber gerade in dieser Beziehung darf man der Schweiz ein gutes Zeugnis ausstellen. Die Anstrengungen von Wirtschaft und Forschung sind hier sehr gross und auch erfolgreich; Tausende von Tonnen Erdöl spart ganz besonders die Industrie seit Jahren und aus eigenem Antrieb. Darum gehört die Schweiz zu den OECD-Ländern mit dem kleinsten CO₂-Ausstoss pro Einwohner.

Tatsache bleibt jedoch: Wir brauchen Energie, und zwar saubere Energie. Gesunde Basis dazu bleibt die einheimische Wasserkraft, die wir auch in Zukunft realistisch, also marktkonform unterstützen wollen. Genau so überzeugt bejahen und fördern wir die Option Kernenergie. Wir brauchen sie, und ohne sie (Energie-)Politik zu machen ist scheinheilig, ja verantwortungslos – auch in Erwartung der sich öffnenden Schleusen eines europaweiten Strommarktes. Denn auch in dieser neuen Situation darf es nicht gleichgültig sein, woher was für Strom kommt. Und jeder – ob schwarz oder grün, rot oder blau, orange oder rosarot – muss eingestehen: Wir brauchen auch in Zukunft Strom, recht viel Strom, und wir müssen uns sauberen Strom leisten, so viel wie möglich aus eigener Produktion. Nicht zuletzt wegen der so gerne zitierten Nachhaltigkeit! ■

Fünf Jahre Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW):

Mit dem neuen Lagerkonzept '98 auf dem richtigen Weg

Rechtzeitig zum fünfjährigen Bestehen der GNW – Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg – hat der Bundesrat bezüglich des weiteren Vorgehens für die Entsorgung radioaktiver Abfälle Entscheide gefällt. Nachdem Bundesrat Moritz Leuenberger kürzlich in Bern erklärte, dass man mit dem Wellenberg über einen Standort verfüge, der für die Entsorgung schwach- und mittelaktiver Abfälle geeignet sein könnte und er deshalb bald mit der Nidwaldner Regierung sprechen wolle, hat der Bundesrat eine Expertengruppe beauftragt, bis zum Dezember 1999 die Lagerkonzepte für radioaktive Abfälle zu vergleichen. Damit wird das von der GNW erarbeitete, neue Lagerkonzept '98, das die Vorteile der kontrollierten Lagerung mit den Vorteilen einer definitiven Endlagerung verbindet, der blossen Langzeitlagerung ohne Endlagerung gegenübergestellt.

Die GNW mit Sitz in Wolfenschiessen wurde am 17. Juni 1994 gegründet, nachdem die Standortgemeinde Wolfenschiessen dem Gründungsvertrag mit 63% zugestimmt hatte. Nach der knappen Ablehnung ihres Konzessionsgesuches für ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle am Wellenberg durch den Kanton Nidwalden 1995 ist die GNW über die Bücher gegangen und hat nach vertiefter Auswertung der erdwissenschaftlichen Untersuchungen ein erweitertes Lagerkonzept vorgelegt. Die GNW ist eine Nidwaldner Gesellschaft, an der mehrere Elektrizitätsgesellschaften sowie die Gemeinde Wolfenschiessen beteiligt sind. Mit dem Nidwaldner Bauingenieur Armin Murer hat die GNW ihre Geschäftsleitung ab Januar 1999 wieder vervollständigt.

Neues Lagerkonzept mit Kontrollen und Langzeitsicherheit

Nach dem neuen Konzept muss ein Lager für radioaktive Abfälle weiterhin die langfristige Sicherheit bieten können, auch wenn einmal keine Kontrolle mehr stattfinden würde. Solange aber politisch erwünscht, kann die Lagerstätte am Wellenberg mit bautechnischen Massnahmen so unterhalten werden, dass eine ständige Kontrolle und leichte Rückholbarkeit der Abfälle ge-

währleistet bleibt. Sobald zukünftige Generationen zum Schluss kommen sollten, den Unterhalt einzustellen, ist mit einfacher Verfüllung der Hohlräume und Zugänge eine dauernde Isolation im dichten Gestein und somit die definitive und sichere Lösung gegeben.

Hoher Sicherheitsstandard – volkswirtschaftliche Vorteile

1997 hat der Bundesrat zwei unabhängige Arbeitsgruppen eingesetzt, welche einerseits den Sicherheitsstandard und andererseits die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Lagers am Wellenberg untersuchten. Die technische Arbeitsgruppe hat dem Wellenberg-Projekt einen hohen Sicherheitsstandard bescheinigt und dem Bundesrat 1998 empfohlen, den Standort weiter zu verfolgen, den Entscheid zum Bau jedoch erst nach Vorliegen der Resultate aus einem Sondierstollen zu treffen. Die Arbeitsgruppe Volkswirtschaft kam zum Schluss, dass ein Lager am Wellenberg für den Kanton Nidwalden, seine Gemeinden und die ganze Region auch volkswirtschaftlich sinnvoll wäre und eine Wertschöpfung von rund einer Milliarde Franken auslösen würde.

Nächster Schritt: Sondierstollen

Sofern die Behörden weiteren Sondierarbeiten am Wellenberg zustimmen, will die GNW als nächsten Schritt dem Kanton Nidwalden ein Konzessionsgesuch für einen Sondierstollen unterbreiten. Mit dem Sondierstollen soll Klarheit darüber geschaffen werden, ob das verbesserte Lagerkonzept auch umgesetzt werden kann. Ohne das volle Wissen um die Resultate einer eingehenden Untersuchung in einem Sondierstollen werden keine weitergehenden Entscheide getroffen. Über die Erteilung einer Konzession zur Nutzung des Untergrundes für einen Sondierstollen entscheiden die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner an der Urne. ■

Weitere Informationen:
Armin Murer
Mitglied Geschäftsleitung GNW
Telefon 041-629 70 20

GNW stellt ihr geologisches Fachwissen der Bevölkerung zur Verfügung

Wegen der im Auftrag der GNW durchgeführten Untersuchungen gehört der Raum Nidwalden zu den geologisch am besten erforschten Gebieten der Schweiz. Die GNW hat das gewonnene umfangreiche Wissen für zwei Projekte zur Verfügung gestellt. Eine CD-ROM in der Reihe des Paul Haupt Verlages («Stein und Wasser», erhältlich ab Herbst 1999 in jeder Buchhandlung) stellt das Gebiet von Nidwalden und Umgebung dem interessierten Laien spannend vor und enthält unter anderem viele geologische Informationen, wie z.B. über die Entstehung der Alpen und die Gebirgsbildung in der Region. Für die Stiftung Lebensraum Gebirge, die im Herrenhaus in Grafenort beheimatet ist, hat die GNW ihr Wissen zur Errichtung eines geologischen Erlebnispfades zur Verfügung gestellt. Der Lehrpfad wird ab Ende Juni eine Attraktion rund um das Herrenhaus und soll die Besucher aus der ganzen Schweiz anziehen.

«Zahlen und Fakten». Diese topaktuellen Infos des VSE zur schweizerischen Stromproduktion sind beim AVES-Sekretariat oder beim VSE, Fax 01-221 04 42, zu beziehen.



Und noch zwei Initiativen der Linksgrünen:

Neue Grabenkämpfe statt Energiefrieden

Zusammen mit vielen weiteren Staaten hat auch die Schweiz die Abkommen von Rio und Kyoto unterzeichnet. Beide Übereinkommen haben bekanntlich die Herabsetzung und Stabilisierung der Treibhausgase zum Ziel. Überall sind diese Ziele nur mit CO₂-freier Energie zu erreichen, zu denen ja auch die Kernkraft zählt. Die beiden – anscheinend mit viel Ach und Krach – doch

noch zustande gekommenen Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium plus» respektieren zum x-ten Mal den Willen des Schweizer Volkes nicht, denn das erklärte Ziel beider Begehren ist der Ausstieg aus der Kernenergie in unserem Lande. Damit werden bewusst noch tiefere Grabenkämpfe statt des angestrebten Energiefriedens in Kauf genommen, ja angestrebt.

Kernkraft in den USA sehr gefragt:

Anträge für Betriebsdauer 60 Jahre

Vor wenigen Jahren sahen selbst Branchenvertreter für den US-Kernkraftpark unsichere Überlebenschancen. Der Wind hat völlig gedreht. Die Washingtoner KKW-Lobby Nuclear Energy Institute (NEI) nennt mehrere Gründe für die Neubeurteilung:

Umwelt: In den USA dominiert mit 57% die Kohleverstromung. Mit Clean Air Act und Kyoto-Protokoll erlebt die CO₂-freie Atomstromproduktion von knapp 20% derzeit eine Neubewertung.

Bessere Betriebssicherheit: Die Zahl der aus Sicherheitsgründen vorgenommenen Reaktorabschaltungen pro Jahr und Werk konnte seit den 80er Jahren von rund sechs auf weniger als eins reduziert werden.

Wirtschaftlichkeit: Die Deregulierung ermöglicht und fördert den Zusammenschluss von mehreren Kernkraftwerken in grösseren Gesellschaften oder zumindest den gemeinsamen Betrieb über Operating- und Managementgesellschaften mit Synergien in Betrieb, Unterhalt und Sicherheitsmanagement.

Verlängerung der Betriebsdauer: Sie hat zentralen Stellenwert für die wirtschaftliche Zukunft der US-Kernkraftindustrie. US-Kernkraftwerke verfügen heute über eine Lizenz für 40 Betriebsjahre mit der grundsätzlichen Möglichkeit zur Verlängerung durch die staatliche Aufsichtsbehörde (Nuclear Regulatory Commission) um 20 auf 60 Jahre. Branchenvertreter gehen davon aus, dass für rund 80% der 103 KKW-Blöcke eine Lizenzverlängerung beantragt wird.

Das NEI erwartet von der Verlängerung der Betriebsdauer einen Beitrag für die nationale Low-cost-Stromproduktion und eine Werterhöhung des KKW-Parks von 77–100 auf 112–145 Mrd. Dollar. Die ersten zwei KKW haben das Prozedere zur Lizenzverlängerung bereits eingereicht. Calvert Cliffs mit zwei Blöcken an der Chesapeake-Bay (Maryland) sieht sich dabei als Pionier und begründet die Einleitung des Verlängerungsverfahrens nach erst rund 25 Betriebsjahren mit der wirtschaftlichen Sicherheit für die laufenden Erneuerungsinvestitionen. ■

Wertvolle SVA-Dienstleistung:

Kernkraftwerke der Welt

Die beliebte und überaus wertvolle Reaktortabelle «Kernkraftwerke der Welt» – Herausgeber Schweizerische Vereinigung für Atomenergie SVA – ist soeben erschienen. Der Faltprospekt im handlichen Postkartenformat erweist sich immer mehr als wirksames Informationsmittel und

als überzeugende Argumentationshilfe. Erhältlich ist der Faltprospekt bei der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie SVA, Geschäftsstelle, Belpstrasse 23, Postfach, 3001 Bern, Telefon 031-320 65 25, Fax 031-320 68 31 oder beim AVES-Sekretariat.

Entsorgungsfonds Kernkraftwerke

Über unsere Vernehmlassung zum «Entsorgungsfonds KKW» berichten wir im nächsten «Bulletin». Eines vorweg: Die AVES ist

überzeugt, dass nicht ein Entsorgungsfonds, sondern die – ebenfalls vorgeschlagene – Lösung «Endlager» anzustreben ist!

Energieproduktion:

Folgt auf die Kernenergie die Kernenergie?

JA – und das nahtlos! Die ersten Kernkraftwerke (KKW) wurden Mitte der 50er Jahre gebaut und laufen heute noch. Nach dem kommerziellen Durchbruch Anfang der 60er Jahre folgte ein KKW-Bau-Boom in den 70er Jahren. Die Begeisterung für die potente Technik wich zunehmend Ängsten vor dem noch Unvertrauten, zudem reagierten v. a. die saturierten Gesellschaften heftig auf Störfälle, namentlich mit kostentreibenden Überregulierungen, Moratorien oder gar Ausstieg. Dabei zeigte sich, dass ein Verzicht keineswegs die von den Gegnern behauptete «moderne» Energiepolitik hervorbringt – im Gegenteil: Dänemark produziert trotz Wärmekraftkoppelung und viel Wind die schmutzigsten kWh von ganz Westeuropa. In den nächsten 10 bis 20 Jahren wird der Anteil der Kernenergie an der Welt-Stromerzeugung von etwa einem Sechstel (Schweiz: zwei Fünftel) etwas zurückgehen, weil deutlich mehr fossil befeuerte Kraftwerke gebaut werden als KKW. Der Rückgang hält sich in Grenzen, weil die bestehenden KKW eher 60 als nur 40 Jahre sicher betrieben werden können. Was spricht

nun für eine Renaissance des Baus von KKW's?

- Hausaufgaben gemacht oder in Arbeit: Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle gibt es in den meisten Staaten mit KKW's (nur die Schweiz hinkt hintennach); die Zwischenlagerung hochaktiver Abfälle ist Routine, deren wegen der Nachwärme erst danach mögliche Endlagerung so weit vorbereitet, dass sie in etwa 10 Jahren Realität wird.
- Strukturwandel: Die Konsolidierung der Branche führt zu sichereren und wirtschaftlicheren KKW's.
- Bedarf: 2 Mrd. Menschen verfügen nicht über kommerzielle Energien, 2 Mrd. stossen in den nächsten 25 Jahren hinzu.
- Akzeptanz: In einer solch überstrapazierten Welt ist die konzentrierte Kernenergie mit minimalsten Wechselwirkungen mit der Umwelt wie ein Geschenk des Himmels – wer wird sich dem nach rund zwei Generationen Angewöhnung noch folgenlos widersetzen können?

Hans Fuchs, Geschäftsleiter Kernkraftwerk Gösgen in der «Handelszeitung» vom 14. 7. 1999

Kyoto-Ziele in Polen nur mit Kernenergie erreichbar

Polen kann seine internationalen Verpflichtungen zur Stabilisierung der Treibhausgas-Emissionen nur erfüllen, wenn das Land im Verlauf der nächsten zwanzig Jahre ein eigenes Kernenergieprogramm entwickelt. Dies stellt das nationale polnische Komitee des Weltenergieerats WEC fest. Gemäss den vorläufigen Resultaten einer Langzeit-Energiestudie, die noch im laufenden Jahr

abgeschlossen wird, benötigt Polen bis im Jahr 2020 einen Kernenergie-Anteil von zwölf Prozent an der gesamten Stromproduktion, um die Verpflichtungen aus dem Kioto-Abkommen erfüllen zu können. In Polen wurde nach dem Unfall von Tschernobyl die Fertigstellung des ersten Kernkraftwerks gestoppt, das Parlament liess die Option Kernenergie aber offen.

Präsident/Président/Presidente

Maximilian Reimann,
Ständerat, Dr. iur., 5073 Gipf-Oberfrick

Vizepräsident/Vice-président/Vicepresidente

Konrad Studerus, Kantonsrat, lic. iur., 6313 Edlibach
Peter Kofmel, Nationalrat, 4707 Deitingen

Beisitzer/Assesseurs/Assessori

Hans Baltisser, Kantonsrat, Bauing., 8596 Scherzingen
Johann Rudolf Gunzenhauser, Ingenieur, 4450 Sissach
Eric Weber, Ing. ETS, 1400 Yverdon
Jörg H. Krammer, Ingenieur, 8544 Rickenbach
Robert Desponds, Ingénieur, 1815 Clarens
Walter E. Böhlen, Grossrat, 5443 Niederrohrdorf

Redaktion/Rédaction/Redazione

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Bahnhofplatz 9, Postfach 7674, 8023 Zürich
Telefon 01-212 40 90, Fax 01-212 65 69

www.aves.ch

Druck/Imprimerie/Tipografia

Victor Hotz AG, Steinhausen

Erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss für die Ausgabe vom
Dezember 1999 ist der 25. November 1999

GV der AVES Region Basel:

Steuert die Schweiz energiepolitisch in die komplette Konfusion?

«Die schweizerische Industrie bezahlt die teuersten Strompreise von Europa und braucht die Liberalisierung, um die Kosten zu senken.» Mit diesen Worten begrüsst Johann Rudolf Gunzenhauser, Präsident, anlässlich der 16. Generalversammlung der AVES Region Basel die Mitglieder. «Liberalisierung braucht ein Minimum an Vorschriften und ein Maximum an Freiraum!» – lautete das Schlusswort des Gastreferenten Dr. Peter Wiederkehr, Direktor der NOK.



Die 1983 gegründete AVES Region Basel steht heute vor neuen Aufgaben.

J.R. Gunzenhauser, Präsident, be-

tonte, dass bis vor kurzem die seit Jahrhunderten gemachte Erfahrung, dass Unabhängigkeit nur mit grösstmöglicher Eigenversorgung gewährleistet werden kann, als Leitmotiv jeglicher politischer Aktivitäten diene. In den letzten Jahren verhartete dann die schweizerische Energiepolitik in einer «Drôle de politique».

Zum Beispiel die Basler Öko-Steuer

Präsident Gunzenhauser zeigt am Beispiel der Stadt Basel auf, was herauskommt, wenn Amateure eine Öko-Steuer entwickeln. Das im Stadtkanton verabschiedete Gesetz fusst auf der verbesserten Wirtschaftlichkeit der Industriellen Werke Basel (IWB). Eine möglich gewordene Stromtarifsenkung von zirka 30% wollte man aus ideologischen Gründen nicht direkt weitergeben. Jeder Betrieb bezahlt 30% der Stromrechnung in einen Fonds und erhält dafür 0,5% der AHV-Lohnsumme als Subvention zurück. Dies hat zur Folge, dass ein Bürobetrieb mit einer AHV-Lohnsumme von 1,9 Mio., bei einer Stromrechnung von 9900 Franken, eine Rückvergütung von 9620 Franken erhält, was notabene einer Stromkostenreduktion von 97% entspricht. Es kann doch nicht sein, dass für Dienstleistungsbetriebe der Strom, auf Kosten der Produktionsbetriebe und ohne etwas dafür zu tun, zum Geschenk wird.

Heute bezahlt die schweizerische Industrie die teuersten Strompreise von Europa. Dabei braucht

sie die Liberalisierung, um Kosten zu senken. Dr. Peter Wiederkehr, Direktor der NOK, schiebt die Ursache der verkorksten Situation dem Monopol zu. 65% der schweizerischen Stromproduktion sind in Staatshand. Da die Versorgungssicherheit lange erste Priorität genoss, konnte dieses Monopol standhalten. Eine Liberalisierung muss jedoch einen freien Markt mit Preisreduktion und Preisanstieg erlauben. Preisüberwacher haben da nichts verloren und wirtschaftliche Fakten kann man nicht mit Befindlichkeiten ändern.

Bei der Liberalisierung zeichnen sich verschiedene Problemkreise ab. Neben den nicht-amortisierbaren Investitionen (NAI) ist die Frage der Netzgesellschaften zu klären. Ebenso wesentlich sind der Versorgungsauftrag und der Abschluss symmetrischer Verträge. Die Konzentration der europäischen Märkte hat bereits dazu geführt, dass alle grossen Europäer bereits heute zum Teil massgebende Beteiligungen am Schweizer Markt halten. ■

Astrid van der Haegen

AVES Persönlich

Seltsame Kakophonie

Gegner der Kernenergie stimmen zurzeit eine seltsame Kakophonie an. Während sie dem Kleinkonsumenten zurufen, die Energie, vor allem der Strom, sei in unserem Lande zu billig, verlangen sie, die Kernkraftwerke, die den Strom zu rund 5 Rp. pro kWh produzieren, sollten zeitweise abgestellt werden, um gegenüber Kohle-, Gas und Öl-

kraftwerken 2 bis 3 Rappen pro kWh zu sparen. Handkehrum verlangen sie, der Solarstrom, der nicht nur 2- bis 3mal, sondern gleich 50mal soviel kostet wie der aus den genannten fossilen Brennstoffen gewonnene Strom, solle höher subventioniert werden!

Bei all diesem Gezeter haben wir eine gut funktionierende Stromwirtschaft, die uns seit

langem erlaubt, den Schalter ein und auszudrehen, Stromproduzenten, die den Gemeinden die Energie so günstig zu leiten, dass ihnen eine gehörige Marge bleibt, welche die Steuern stark entlastet. Und dies alles, ohne dass klimaverändernde Schadstoffe gebildet würden!

Alfred Brunner (Winterthur)

AVES-Regionalgruppen

AVES Aargau, Postfach 11, 5430 Wettingen

AVES Bern, Postfach 255, 3000 Bern

AVES Region Basel
Postfach 251, 4450 Sissach

AVES Glarus
Postfach 124, 8867 Niederurnen

AVES Graubünden
Ottostrasse 20, 7000 Chur

AVES Luzern, Postfach 6155, 6000 Luzern 6

AVES Nidwalden, Postfach 1004, 6371 Stans

AVES Schaffhausen
Villenstrasse 8, 8200 Schaffhausen

ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn

AVES Münsterlingen TG
Postfach 146, 8596 Münsterlingen

ASPER Ticino
Casella postale 16, 6948 Porza

AVES Uri
M. Z'graggen, Hellgasse 63, 6460 Altdorf

AVES Oberwallis, Postfach 281, 3930 Visp

AVES Zug, Postfach 1342, 6301 Zug

AVES Pfannenstil ZH
Postfach, 8713 Uerikon

AVES Winterthur ZH
Postfach 1243, 8401 Winterthur

Forum Energie Bienne-Région FBR
Case postale 577, 2501 Bienne

AFPE Fribourg
Case postale 226, 1701 Fribourg

ADE Genève
Ph. Wiblè, 8, rue du Temple, 1236 Cartigny

AJPE Jura
Case postale 275, 2900 Porrentruy 1

ANPE Neuchâtel
Jean-Jacques Wavre, 2000 Neuchâtel

APPER Est-Vaudois
Dr. Eric Rochat, 1806 St-Légier

ALPE Lausanne
Case postale 308, 1000 Lausanne 9

ARBRE Moudon
Case postale 3, 1510 Moudon

APRES Yverdon
Case postale 89, 1401 Yverdon